



Der Landkreis organisiert für Kinder und Jugendliche wieder verschiedene Ausfahrten

Foto: Landkreis Harburg

Der erste Urlaub ohne Eltern

Kreisjugendpflege: Noch gibt es freie Plätze!

(mum). Die Ferienfreizeiten der Jugendpflege des Landkreises Harburg bieten Kindern und Jugendlichen ab acht Jahren auch in diesem Jahr die Möglichkeit, in den Sommerferien vielleicht das erste Mal Urlaub ohne ihre Eltern zu machen. Die erste Anmeldeperiode ist vorüber. Spätestens ab sofort noch für Restplätze anmelden.

Das gilt vor allem für die Freizeiten im Inland: Für Acht- bis Zehnjährige geht es an den Plöner See, für Teens zwischen elf und 13 Jahren ist der Brahmsee das Ziel. Bei beiden Fahrten wohnen die Teilnehmer in Holzhütten, die Verpflegung kommt aus der Gemeinschaftsküche.

Für Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren geht es darum, eine Woche zusammen mit Gruppen aus anderen Jugendzentren ein eigenes Zeltcamp aufzubauen. Unter dem Titel „Sports an Fun Camp“ ist der Landkreis dieses Jahr Gastgeber. Die Zelte werden ganz in der Nähe des Buchholzer Freibads aufgestellt. Internationale Erfahrungen ermöglicht die deutsch-russische Jugendbegegnung in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Schlossberg 14- bis 17-jährigen Jugendlichen in der Jugendherberge Otterndorf bei Cuxhaven.

Anmeldeunterlagen gibt es unter www.landkreis-harburg.de/ferienfreizeiten2017.

Wohnungsbaugesellschaft: Buchholz ist dabei

Stadtrat stimmt mit großer Mehrheit für Beteiligung / FDP: „Privat geht vor Staat!“

os. Buchholz. Die Stadt Buchholz wird sich an der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises Harburg (KWG) beteiligen. Der Stadtrat stimmte am Dienstagabend mit großer Mehrheit für den Beitritt der Nordheidestadt. 29 Lokalpolitiker votierten dafür, drei CDU-Ratsmitglieder enthielten sich, die fünfköpfige FDP-Fraktion stimmte gegen das Vorhaben. Buchholz beteiligt sich mit rd. 3,65 Millionen Euro an der KWG und erhält dafür 8,11 Prozent der Anteile. 150 Wohneinheiten mit günstigem Wohnraum sollen in der Nordheidestadt gebaut werden.

Vor der Entscheidung gab es eine lange, weitgehend sachlich geführte Debatte mit einigen Spitzen und manchen Unwahrheiten, u.a. zur Dauer der Abschreibung. Für SPD, Grüne, Buchholzer Liste und AfD bietet die Beteiligung der Stadt an der KWG mehr Chancen als Risiken. „Wir haben eine Verantwortung gegenüber allen Bürgern in unserer Stadt“, betonte Gabriele Wenker, Fraktionsvorsitzende der Grünen. Um soziale Spannungen zu vermeiden, müsse man für günstigen Wohnraum sorgen. „Dass es uns daran mangelt, sollte jedem bekannt sein“, so Wenker. Dass man in Buchholz viel zu wenig günstigen Wohnraum habe, nannte SPD-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Niesler eine „deutliche Fehlentwicklung“.



Foto: archiv

„Wir haben eine Verantwortung gegenüber allen Bürgern“: Gabriele Wenker (Grüne)

Die Chance, relativ schnell an 150 Wohneinheiten mit Mieten ab 5,60 Euro pro Quadratmeter zu kommen, betonte Niesler. Gegen die Beteiligung argumentierte die FDP. Man begeben sich auf ein fremdes Geschäftsgebiet mit großen Risiken, warnte Fraktionsvorsitzender Arno Reglitzky. Man solle die Schaffung von Wohnraum privaten Investoren überlassen, ergänzte FDP-Ratsmitglied Wilhelm Pape: „Privat geht vor Staat!“, sagte er.

Eine steile These angesichts der Tatsache, dass Buchholz als einzige Kommune in Niedersachsen in der höchsten Mietstufe VI ist. Erst kurz vor Schluss zog die CDU ihren Antrag zurück, eine Zustimmung zur KWG von der Bedingung abhängig zu machen, dann nicht gleichzeitig über die Einrichtung einer stadt eigenen Wohnungsbaugesellschaft nachzudenken. Dadurch war der Weg frei für das „Ja“ vieler CDU-Ratsmitglieder ohne Gesichtsverlust.

Der einzige Christdemokrat, der vehement für die Beteiligung warb, war Bürgermeister Jan-Hendrik Röhse. Ohne sie würden die Mietpreise in Buchholz aufgrund des knappen Angebots von Mietwohnungen bei großer Nachfrage „maximal“ bleiben. Die Schaffung günstigen Wohnraums sei auch für Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor. Es seien bereits viele Unternehmer bei ihm vorstellig geworden, die Angst vor dem Abwandern ihrer Arbeitnehmer haben, wenn diese keinen günstigen Wohnraum in Buchholz finden.

Eine Sonderrolle nahm die CDU ein. Nur mühsam gelang es dem Fraktionsvorsitzenden Andreas Eschler, die Bedenken der Christdemokraten gegen die Beteiligung und die schließliche Zustimmung der meisten Ratsmitglieder unter einen Hut zu bekommen. Das „Ja“ aus Buchholz sei ein Akt der Solidarität gegenüber kleineren Kommunen, die die KWG dringender benötigen, erklärte Eschler. Die CDU sehe keine Fehlentwicklung auf dem Wohnungsmarkt in Buchholz.

Ihr Traumjob

– nur einen Klick entfernt!

sicherdirnenjob.de
Jetzt durchstarten!

Die Adresse – wenn es um Jobs aus Ihrer Region geht!

KREISZEITUNG
Wochenblatt

Amtliche Bekanntmachung

Zwangsversteigerung Amtsgericht Winsen (Luhe)

Am Freitag, den 28.04.2017, 10.00 Uhr, soll im Amtsgericht, Schlossplatz 4, Saal 214, das Grundstück zur Größe von 27.057 m², bebaut mit großer Villa, teilunterkellert, Erdgeschoss, 1. und 2. Obergeschoss und nicht ausgebautem Spitzboden, Gartenhaus mit Erdgeschoss und ausgebautem Dachgeschoss sowie Seminarhaus mit Untergeschoss, Erdgeschoss und Obergeschoss, Graf-Kalckreuth-Straße 25, 21218 Seevetal (Hittfeld), Siedlung Eddelsen, versteigert werden. Verkehrswert: 1.900.000,- EUR. Der Zuschlag kann auch auf ein Gebot erteilt werden, das weniger als die Hälfte des Grundstückswertes beträgt. Bieter müssen mit Sicherheitsleistung von 10% des Verkehrswertes rechnen, die **unbar** zu leisten ist. – 10 K 44/14.

Italien

Der malerische Golf von Sorrent

KREISZEITUNG
Wochenblatt
LESERREISE

Preis p.P. im Doppelzimmer
14.10. - 21.10.2017 ab € 1.279,-

Einzelzimmerzuschlag: € 250,-

Zusatzflug nach Capri p.P. € 79,-

Inklusivleistungen:

- Haustürtransfer zum/vom Flughafen
- Flug von Hamburg nach Neapel und zurück
- 7 Nächte im 4-Sterne Hotel Majestic Palace
- Halbpension
- Umfangreiches Ausflugspaket mit Neapel, Pompeji und Vesuv, Amalfiküste
- Deutsch sprechende Reiseleitung

Veranstalter: DER TOUR
DER Touristik Frankfurt GmbH & Co. KG
Emil-von-Behring-Straße 6, 60424 Frankfurt

Beratung und Buchung:
LESERREISEN@KREISZEITUNG.NET

Telefon: 0 41 81 - 20 03 - 44

Svea Mertens
Ihre Reiseberaterin

PRESSEREISEN
NORD

Grundregeln beachten

Ich bin leidenschaftlicher Radfahrer und nutze das Fahrrad so häufig wie möglich. Verschiedentlich habe ich darüber geschrieben, wie Autofahrer die Radler durch rücksichtsloses Verhalten in Gefahr bringen. Jetzt, da mit den steigenden Temperaturen die Radsaison wieder begonnen hat, muss ich mal die Radfahrer tadeln: Ich habe das Gefühl, dass viele die einfachsten Grundregeln nicht mehr beherzigen und so sich und andere in brenzlige Situationen bringen.



Foto: Speeken

Mein Appell: Steigt an Zebrastreifen ab und schiebt das Rad hinüber – einfach rüberfahren, womöglich ohne zu schauen, ist saugefährlich. Und nennenswert Zeit verliert man auch nicht. Sorgt für funktionierende Beleuchtung – es fahren erstaunlich viele „Dunkelmänner“ durch die Gegend – und lasst beim Radfahren das Handy in der Tasche. Eigentlich Selbstverständlichkeiten, aber wenn ich unterwegs bin, fühle ich mich wie ein Exot, wenn ich diese befolge.

Oliver Sander

Viel Post für den Verkehrsminister

Bürgerinitiative Lärmschutz A1 Hollenstedt ruft zum Schreiben von Petitionen auf

bim. Hollenstedt. Niedersachsens Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) muss sich auf eine ganze Flut an Petitionen aus Hollenstedt einstellen, wenn alle diejenigen, die seit dem sechsspurigen Ausbau der A1 unter dem Lärm leiden, ihm schreiben. Die Aufarbeitung des Informationsabends im März und das Formulieren einer Petition an den Landtag standen jetzt beim Treffen der Bürgerinitiative (BI) Lärmschutz A1 Hollenstedt auf dem Programm.

„Ich habe nicht den Eindruck, dass sich die Politik dieses Themas wirklich annimmt“, meinte BI-Mitglied Detlev Petersen. Er ist – wie viele seiner Mitstreiter – schon zum Experten in Sachen Lärmberechnung und Lärmschutz geworden. Wie berichtet, sind ein Ärgernis die Agglomeratstreifen, riffelige Markierungen, die beim Überfahren für zusätzlichen Krach sorgen. Deren Geräusche seien gar nicht in die vor dem Ausbau erfolgte Lärm-Berechnung eingeflossen. Auch fordert Detlev Petersen einen Lärmaktionsplan ein. Nach Auffassung des Landes Niedersachsen muss der von Kommunen aufgestellt werden, wenn folgende Werte erreicht werden:



Foto: bim

Hoffen auf ein Einlenken beim Lärmschutz (v. li.): Detlev Petersen, Bettina Gelse, Angelika Filip, Jörg Hanheide und Sabine Nadolny von der BI

- Lärmbelastungen von mehr als 60 bzw. 70 dB(A) (Tag/Nacht),
- bei Betroffenheit von mehr als 50 Einwohnern,
- auf mehr als einem Quadratkilometer Fläche.

Insgesamt hat man bei der BI das Gefühl, dass die Landes- und Bundespolitik den Protest der lärmgeplagten Anwohner aussitzen will. Unverständnis herrscht bei den Grünen-Ratsmitgliedern aus Wenzendorf, Christiane Melbeck und Manfred Thiel. Denn obwohl das beim Infoabend vorgestellte Gutachten zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Planfestellungsverfahrens 2014 von den Gemeinden

Hollenstedt, Appel und Wenzendorf in Auftrag gegeben wurde, liege ihnen das Gutachten bis heute nicht vor.

Außer dem CDU-Landtagsabgeordneten Heiner Schönecke setzt sich auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Svenja Stadler für die Hollenstedter ein. „Vom Lärmpegel an der Autobahn in Hollenstedt konnte ich mich wiederholt selbst überzeugen. Dass dort nicht wenigstens eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 möglich ist, kann auch ich nicht nachvollziehen“, so Stadler. Auf ihre Schreiben in dieser Sache an den Bundes- und an den Landesverkehrsminister seien nur wenig Hoffnung machende Reaktionen zurückgekommen. In einem Brief vom 17. März habe sie nun Olaf Lies um die Aufnahme des Streckenabschnitts der A1 in Höhe Hollenstedt in das Programm des freiwilligen Lärmschutzes gebeten.

Für die von Heiner Schönecke an Minister Lies ausgesprochene Einladung zur „Hörprobe“ an der A1 gibt es noch keinen Termin. Daher hat Samtgemeinde-Bürgermeister Heiner Albers diese Einladung mit einem Schreiben untermauert. „Die Zuständigen des Landes und des Bundes müssen herkommen und sich den Lärm anhören. Sie haben uns gegenüber eine Verantwortung. Wir sollten nicht locker lassen“, so Albers.

• Wer eine eigene Petition verfassen möchte, findet eine Vorlage zum Herunterladen und ergänzen unter bi-laermschutz-hollenstedt.de/.

• Welche Umstände müssen vorliegen, damit in dem Bereich der A1 eine Höchstgeschwindigkeit wg. Lärmschutz angeordnet werden kann?

• Besteht die Möglichkeit, die Lärmschutzwände zu begrünen und dadurch besseren Schutz zu erreichen?

• Gibt es ein Lärmgutachten über die auf diesem Teilstück angebrachten Agglomeratstreifen?

Außerdem bittet Grosse-Brömer den Minister darum, eine Begutachtung der aufgestellten Lärmschutzwände sowie eine Schallmessung zu veranlassen.